

Zeuge gewesen. Sachsen wird sich nie die Hoffnung auf Eroberung der Welt durch Gewalt der Waffen machen können; dagegen wird sich Sachsen nie das Recht nehmen lassen dürfen, in geistiger Beziehung Eroberungen zu machen; ich verstehe darunter, sich das Uebergewicht über andere Staaten im Reiche des Geistes zu verschaffen suchen. Nun liegt in dem Augenblick eine Idee vor, welche wohl geeignet wäre, unter günstigen Umständen ein solches Uebergewicht zu verschaffen. Daß das Straßenbausystem sich sehr vervollkommen wird, und man, wie bei andern Gewerben, so auch bei dem Transport sich immer mehr bestreben wird, die höchste Wohlfeilheit zu erzielen, liegt in der Natur der Sache; und es ist also unzweifelhaft, daß man von dem jetzigen Straßenbausystem abkommen wird; ob man auf die Eisenbahnen, ob auf die Dampfwagen oder ob man auf die Montgolfiere kommt, das wage ich nicht zu entscheiden. Wenn der Staat aber seine Kräfte dazu verwendet, um ein solches Ideal zu realisiren, so würde das doch große Bedenken haben, und ich glaube kaum, daß die Staatsregierung sich dafür aussprechen könnte. Allein das ist nicht der Fall, hier liegt ein Plan von mehreren Privaten vor, welche eine solche Eroberung, wie ich sie angedeutet, versuchen wollen. Ich glaube, in dieser Beziehung hat der Staat nicht bloß das Recht, sondern ich glaube, es ist auch seine Pflicht, alles zu thun, was zur Ausführung nützlich ist. Wäre eine Eisenbahn in einem Lande, während wo anders noch keine existiren, so läßt sich nicht leugnen, daß der Waarenzug sich dahin wenden wird, wo ein wohlfeiler Transport stattfindet und es läßt sich erwarten, daß, wenn Sachsen hier vorangeht, und einen solchen Straßenzug bildet, sich zunächst der größere Waarentransport auf diesen Straßenzug wenden und andere Staaten sich anschließen werden. Es wäre mir allerdings sehr wünschenswerth gewesen, darüber einige Erläuterung zu haben, ob und welche Ansicht die andern Staaten in dieser Beziehung haben. Es ist indessen doch eine Hoffnung, welche man in dieser Beziehung hat, und der Gegenstand ist von so unermesslicher Ausdehnung, daß der Staat seine Pflicht vergessen würde, wenn er diese Gelegenheit sich entchlüpfen ließe. Wenn Sachsen seine Straße an die anschließen könnte, welche gegen den Westen wie gegen den Süden Europas gehen, so wird man mir gewiß zugeben, daß Vortheile ohne alle Berechnung daraus hervorgehen werden, Vortheile nicht bloß für den Transport, sondern auch für die Production, für die Gewerbe, die Cultur und für alle Beziehungen des geistigen und physischen Lebens. Welche Rücksicht der Staat zu beobachten habe, liegt hier vor. Es ist die Maßregel in Frage, daß Privateigenthum hergegeben werden soll, aber dieß wird dadurch begründet, daß der Wohlstand des Staates dadurch befördert wird, und welcher Zweck des Staates kann höher sein, als den Wohlstand der Unterthanen auf eine höhere Stufe zu bringen? Ich habe gegen das Gesetz etwas nicht einzuwenden, besonders wenn ich die Modification ins Auge fasse, welche von der Deputation vorgeschlagen wurde. An diese schließe ich mich an, und glaube, daß, wenn auf diese Weise das Gesetz zur Ausführung kommt, alle Bedenken schwinden werden, welche auch der letzte Redner hingestellt hat. Ich glaube, daß es

möglich ist, auch solchen Verlusten durch Entschädigung beizukommen, und es wird dann die ganze Instruction vorgelegt werden, wie dieses festzustellen sei. Wird eine vollständige Entschädigung gewährt, so kann von Verlusten nicht mehr die Rede sein, und die wenigen vorübergehenden Nachtheile, welche sich vielleicht bei Gastwirthen und dergl. Leuten zeigen, werden sich bei weitem dadurch aufwiegen, daß der Verkehr durch den erleichterten Transport vermehrt, und ein erhöhter Flor der Producte und der Cultur bezweckt wird. Gesezt, Sachsen wollte darauf nicht eingehen, gesezt, die Idee würde zurückgewiesen, so ist die Frage, ob nicht mit diesem Augenblick die Hoffnung für immer verloren geht, daß Sachsen der Centralpunct des Handels bleibe. Was das Monopol betrifft, so hat bereits der Redner vor mir sich darüber geäußert; ich hätte aber gewünscht, daß über die Dauer des Monopols etwas in das Gesetz käme. Der Antrag in die Schrift könnte zwar beruhigen; aber ich glaube, die Stände könnten wohl verlangen, daß für die Opfer, welche die Einzelnen bringen müssen, die Gewißheit gegeben werde, daß die Vortheile, welche die Eisenbahn abwirft, nicht für ewige Zeiten der Actiengesellschaft verbleiben, sondern früher oder später auf den Staat übergehen. Ich werde jedoch dem Antrage des Abg. v. Thielau meine Beistimmung geben, indem ich hoffe, daß die Regierung ihn berücksichtigen wird.

Abg. Richter (aus Zwickau): Es wurde bemerkt, es sei nicht nöthig, auf die Frage einzugehen, ob die Actionärs bei diesem Unternehmen gewinnen oder verlieren; ich sollte aber glauben, daß gerade das die Hauptsache sei; denn ist nicht ausgemacht, daß die Unternehmer gewinnen, so könnte das Unternehmen gar nicht ausgeführt werden, und wollte man doch das Unternehmen beginnen, es rentirte aber nicht, so könnten die Bedingungen nicht gehalten werden. Die ganze Ausführung der Sache hängt von den Vortheilen ab, welche die Actionärs dabei haben, und ich glaube, man muß auch deshalb darauf sehen, weil, wenn der Gewinn nicht augenscheinlich groß ist, der Nachtheil, welchen das Unternehmen für die Privatbesitzer herbeiführt, doch von der Art ist, daß ich mich dagegen erklären müßte. Durch den nur von den Actionärs nachgewiesenen Gewinn darf man sich nicht verleiten lassen, dem Unternehmen Beifall zu schenken. Man hat auch auf Belgien verwiesen, aber auf dieses zu verweisen, ist ganz unangemessen, da unser Land nicht an der See liegt. Ein anderer Abg. hat einen Antrag gestellt und sich geäußert, es befremde ihn, daß ich mich gegen die Sache ausgesprochen hätte, während ich immer die Ansicht aufgestellt, daß der Staat sich in solche Unternehmungen nicht mischen soll; aber ich glaube, ich muß dem Abg. diesen Vorwurf in Bezug auf seinen Antrag zurückgeben. Er will zwar die Sache durch seinen Antrag als eine Privatsache angesehen wissen, aber sein Antrag beschränkt die Provision und beabsichtigt zulezt das Uebergehen der Sache in das Staatseigenthum. Ich habe mich übrigens gegen die Sache nicht deshalb erklärt, weil sie Privatsache ist, sondern weil es noch nicht an der Zeit ist. Das hat auch der Abg. Schütz angeführt, er hat angedeutet, daß Dresden gar nicht der Maß sei, wohin man eine Eisenbahn anlegen müsse. Es ist von